

5. Die Fragebogen müssen zwei Wochen nach dem Absendetermin beim/bei der AbsenderIn eingegangen sein. Später eingegangene Fragebögen werden nicht mehr berücksichtigt.

#### Art. 17 Landesschiedsgericht

1. Das LSG ist zuständig für Entscheidungen über rechtliche Streitigkeiten hinsichtlich

- der Anwendung und Auslegung dieser Satzung
- der Rechtmäßigkeit von Beschlüssen der Organe des GBJ
- der Rechte und Pflichten der Mitglieder des GBJ
- der Rechte und Pflichten des GBJ

2. Das Schiedsgericht besteht aus fünf gleichberechtigten Mitgliedern. Die Mitglieder dürfen nicht Mitglied im LSR sein. Sie werden von der LV für die Dauer eines Jahres gewählt.

3. Vor der Beschreitung des Rechtsweges ist eine Entscheidung des Landesschiedsgerichtes, danach gegebenenfalls die des Bundesschiedsgerichtes einzuholen.

4. Das Schiedsgericht entscheidet über disziplinarische Maßnahmen gegen Mitglieder des GBJ, insbesondere auf die Aberkennung von Ämtern auf Zeit und Ausschluss.

Art. 18 Schlußbestimmung Die Satzung tritt, am Tage nach der Beschlußfassung hierüber, am 26.01.91 in Kraft.

## Coupon

- Euch möchte ich mir näher angucken! Ladet mich doch mal zu Euren Veranstaltungen und Seminaren ein.
- Mehr davon! Ich interessiere mich besonders für: \_\_\_\_\_
- Ihr seid mir nun wirklich zu radikal, laßt mich bloß in Ruhe!
- Ich möchte mit Euch zusammen radikal sein! Ich trete hiermit bei!

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Geburtsdatum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

ausfüllen, abbeißen und einschicken an:

**Grün-Buntes-Jugendnetz/ JungdemokratInnen- Landesverband Bayern**  
c/o Horst Eberlein, Postfach 1342, 8600 Bamberg



**Grün- Buntes Jugendnetz/  
JungdemokratInnen  
Landesverband Bayern**



**Basisdienst**

Beschlüsse \* Flugis \* Pressemitteilungen

eine kleine Selbstdarstellung



Grün-Buntes Jugendnetz/  
JugenddemokratInnen  
Landesverband Bayern



Wir sind ein Zusammenschluß aus *JugenddemokratInnen* und anderen *links- alternativen* sowie *grünen Jugendgruppen*. Die Grünen sind unserer parteipolitischer und parlamentarischer Ansprechpartner. Unsere Mitglieder müssen in keiner Partei Mitglied sein, denn wir setzen unsere politischen Schwerpunkte selbst. Mitmachen könnt ihr, wenn ihr zwischen 15 und 25 Jahre alt seid. Wir sind:

### ÖKOLOGISCH

Wir treten ein für einen radikalen Schutz unserer natürlichen Ressourcen. Ozonloch, Klimakatastrophe, Abholzung der Regenwälder, Verschmutzung von Wasser, Boden und Luft sind die Resultate einer Politik, die jahrzehntelang auf Wirtschaftswachstum gesetzt hat. **Deshalb muß unser Wirtschaftssystem grundlegend umgestaltet werden.** Statt unbegrenztem Wachstum setzen wir uns unter anderem für eine alternative Energieversorgung, Müllvermeidung, ein anderes Verkehrskonzept, das nicht auf das Auto als Massenverkehrsmittel setzt und eine Kohlendioxidabgabe ein. Wir fordern

ein Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren bei Produktion und der Einführung neuer Technologien. Wir fordern die Einführung des Verursacherprinzips, ein Verbandsklagerecht und die Aufnahme des Umweltschutzes als Staatsziel ins Grundgesetz.

### RADIKALDEMOKRATISCH

Ökologie und Demokratie gehören untrennbar zusammen. Denn nur durch eine Bewegung von unten können wirksame ökologische Reformen durchgesetzt werden. Wir wollen eine **Demokratisierung aller Lebensbereiche** in Familie, Schule und Arbeitswelt. Alle wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Bereiche müssen von Grund auf radikaldemokratisch gestaltet werden, so daß die/der Einzelne gerade in seiner nächsten Umgebung mitreden und mitbestimmen darf.

### SOZIAL

Denn **jeder** Mensch hat ein Anrecht auf ein selbstbestimmtes und materiell gesichertes Leben, das dem Lebensstandard der jeweiligen Gesellschaft entspricht. Wir fordern eine materielle Grundsicherung und ein garantiertes Mindesteinkommen von wenigstens (regionalbedingt) 1200DM. Weiter fordern wir eine drastische Ausweitung des sozialen Wohnungsbaues, von StudentInnenwohnheime etc..

### ANTIMILITARISTISCH

Im Zuge der Auflösung des Warschauer Paktes ist es offensichtlich, daß die Bundeswehr keine Exi-

stenzberechtigung mehr hat. **Wir fordern die Abschaffung aller Armeen und paramilitärischen Strukturen** wie dem Bundesgrenzschutz und die Einstellung der Produktion von Rüstungsgütern. Deutsche Truppen und Waffen dürfen nicht unter dem Vorwand angeblicher Friedensmissionen im Ausland eingesetzt werden. Ein erster Schritt könnte die **sofortige Abschaffung der Wehrpflicht** und eine Reduzierung der Truppenstärke auf 50000 Mann sein. Bis zum Jahr 2000 ist eine **völlige Entmilitarisierung Europas** dringend notwendig.

### ANTIFASCHISTISCH

Der Faschismus hat mehrere Ursachen: **Antiemanzipatorische Anschauungen**, wie vor allem Führungskult, autoritäre Gesellschaftsstrukturen, **Ordnungshörigkeit** und **das Patriarchat** lösen zwangsläufig aus, daß einige sich in einer Hierarchie "wohler fühlen", weiterhin Rassismus, Sexismus und eine totalitäre Gesellschaftsauffassung. Wir wollen dem mit gesellschaftlicher Aufklärung, Bildungsarbeit, Demokratisierung und gesellschaftlichen Strukturen, die die Selbstbestimmung des Einzelnen er-

möglichen und fördern, entgegenwirken.

### EMANZIPATORISCH

Emanzipation ist nicht nur die Gleichberechtigung von Frauen, sondern die **Selbstbefreiung** einzelner oder der von Gruppen aus gesellschaftlichen Unterdrückungsstrukturen, Zwängen und Abhängigkeiten hin zu einem selbstbestimmten Leben. Emanzipation heißt für uns zum Beispiel die Herauslösung aus dem Patriarchat, eine nicht- entfremdete Arbeitswelt und ein alternatives Bildungskonzept.

### FEMINISTISCH

Wir wollen, daß Frauen die Möglichkeit haben, sich eine eigene Identität zu schaffen. Wir fordern die ersatzlose Streichung des §218 StGB, gezielte Frauenforschung, die Aufarbeitung von Frauengeschichte und die Abschaffung der subtilen Diskriminierung der Frauen z. B. durch eine von männlichen Formen geprägte Sprache. So lange, bis die Gleichstellung der Frauen erreicht ist, fordern wir eine Bevorzugung von Frauen bei gleicher Qualifikation. So fordern wir in allen gesellschaftlich relevanten Positionen eine Frauenquote von mindestens 50%.

## "Onanie ist Sex mit der Person die man liebt"

(Woody Allen)

Onanierst Du auch manchmal? Fühlst Du Dich danach richtig wohl und entspannt - oder verspürst Du nicht auch diese seltsame Leere im Bauch, ein Gefühl von Einfach-Nicht-Richtig-Befriedigt-Sein daß Du am liebsten laut aufseufzen wolltest, so mies geht es Dir?

Das ist nicht weiter tragisch. Das liegt nicht am Onanieren, und das liegt nicht an Dir. So geht es vielen. Und Schuld sind die miesen Vorurteile, die es gegen das Onanieren gibt. Wo das Onanieren doch eigentlich so was Schönes ist!

Das geübte "Onanisten" unter Rückenmarkschwund leiden und als Erwachsene krumm durchs Leben humpeln müssen, das wagen Kirchenmänner und konservative Moralapostel heute nicht mehr zu erzählen. Bis vor wenigen Jahren taten sie das noch. Viele Kinder und Jugendliche, die beim Onanieren erlappt wurden, wurden durch "Operationen" verkrüppelt. Mädchen wurde die Klitoris entfernt, Jungen wurde das Glied verätzt oder verstümmelt.

Noch heute werden viele Vorurteile und Gerüchte über eine schädliche Wirkung der Onanie verbreitet. Ein bißchen Onanieren wird dabei meistens erlaubt. Aber wehe, man/frau treibt es zu toll mit sich!

- Jungen, die zuviel onanieren, sollen davon Potenzstörungen kriegen. "2000 Schuß und dann ist Schluß". Wer auf so einen Schwachsinn hin eine Strichliste führt, ist selber blöd!

- Von zu vielem Onanieren wird mann schwul. Wenn das stimmen würde, gebe es ja mehr homosexuelle als heterosexuelle Männer. Tatsächlich steht eine homosexuelle Veranlagung schon seit der frühen Kindheit fest.

- Mädchen, die onanieren, verlieren bei ihrer Menstruation ungewöhnlich viel Blut. Die Menstruation kann unterschiedlich heftig sein, aber das rührt von ganz anderen Sachen her, z.B. von überstandenen Krankheiten oder zuviel Aufregung.

- wenn frau viel ihre Klitoris streichelt, wird sie nicht richtig erregt, wenn ihr Freund mit ihr schläft. Klar, wenn der sich nur schnell auf sie draufwirft, um sich einen runterzuholen, kann das schon sein. Dann soll frau ihm halt klarmachen, daß er ihr mal gefälligst zeigen soll, daß er ihren Körper lieb hat!!

- Onanie führt zu Leistungsschwund in der Schule. Da ist es ja noch wahrscheinlicher, daß onanierenden Elefanten die Elfenbeinzähne lila anlaufen.

- "Onanie hinterläßt ein Gefühl der inneren Leere und Schalheit, des tiefsten Ekels vor sich selbst und einen brennenden Reueschmerz." Das schrieb 1971 ein Pädagoge und riet zwecks Überwindung zu eiweißarmer Nahrung, kalten Bädern und viel Wandern.

Der brennende Reueschmerz kommt nicht vom Sich-Streicheln. Der kommt ausschließlich von den falschen Warnungen der ErzieherInnen, die uns das onanieren vermiesen wollen.

*Onanie ist schlicht eine schöne Sache, die geil ist und Spaß macht.* Viele Menschen werten sie ab und behaupten, sie sei zwar in Maßen unschädlich und unter Jugendlichen weit verbreitet. Trotzdem: Onanieren sei eben nur ein Vorgeplänkel zum eigentlichem Sex - dem Geschlechtsverkehr zwischen Mann und Frau. Sozusagen der "Überbrückungssex im Wartezimmer vor der Ehepraxis", wie der Schriftsteller Volker E. Pilgrim spottet.



Auch das stimmt nicht. Ob Du Deinen Körper streichelst oder ob Du eine andere Klitoris oder ein anderes Glied beschmüst oder ob Du mit jemanden schläfst: das eine ist soviel Wert wie das andere. Sehr viele Menschen onanieren auch dann, wenn sie eine feste Beziehung haben.

*Onanieren ist so süß und natürlich wie Schokolade essen!*

Für Onanie spricht viel:

- Kein Streß mit der Verhütung
- Keine Gefahr durch (Geschlechts-) Krankheiten
- Viel Muße, um den eigenen Körper ohne Partnerhektik kennenzulernen
- Viel Lust und Genießen!

*Also: ONANIE, ONANA, ONAOFT !!!*

Onanie - gut und schön - aber warum machen JungdemokratInnen denn gleich ein Flugblatt? Das ist doch nichts von politischem Belang?

DOCH! Solange viele nur gehemmt onanieren, solange ihnen die Anti-Lust-Propaganda, gerade von Seiten der Kirchen und der Konservativen, das Vergnügen vergällt, solange ist das auch Aufgabe eines politisch, radikal-demokratischen Jugendverbandes. Aufklärung im persönlichen und im politischen Bereich ist nicht zu trennen. Wenn einzelne was Tolles nur halbherzig wagen, hat das was mit Weltanschauung und Politik zu tun!

**JungdemokratInnen**

*radikal-demokratisch & parteiunabhängig*

Spittlertormauer 5, 8500 Nürnberg 1, Tel.: 0911/208041

V.i.S.d.P.: Stefan Pompl, Spittlertormauer 5, 85 Nbg. 1

## Politik im GBJ - oder was kannst Du tun?

Das GBJ ist eine Vernetzung. Das macht allerdings erst dann Sinn, wenn viele Leute da sind, die mensch vernetzen kann. Grundsätzlich ist es positiv, wenn möglichst viele Einzelpersonen dieser Vernetzung beitreten. Das GBJ bietet den Mitgliedern nicht nur die Möglichkeit, an einer Landesversammlung teilzunehmen sondern auch den Jugendrundbrief. Der Jugendrundbrief (JRB) enthält viele Informationen über die Arbeit des GBJs, über die Arbeit von Basisgruppen, er enthält Aktionsvorschläge, er berichtet, was Jugendliche anderswo vor Ort machen und leitet zur Nachahmung an. Ein Problem des LandessprecherInnenrates ist es allerdings, daß es wenig Sinn macht, wenn wir den Jugendrundbrief alleine erstellen. Es ist sehr wichtig, daß auch Du etwas dazu beiträgst, was für andere Jugendliche interessant sein könnte. Es brauchen nicht nur irgendwelche Berichte von Versammlungen sein, gefragt sind vielmehr auch Leserbriefe, Meinungsartikel zu verschiedenen Themen, Kommentare, Anregungen ... Darüber hinaus bietet das GBJ Seminare, Kongresse, Sommercamps, Landesarbeitskreise zu bestimmten Themen (z.B. LAK Drogen oder LAK Frauen), Projektgruppen, die auch zu einem bestimmten Thema etwas machen wollen, aber als Ziel haben, eine Aktion durchzuführen, ein Flugblatt herauszugeben, etc.. Das sind alles Arbeitsgebiete, die im GBJ nicht nur vom LandessprecherInnenrat (LSR) wahrgenommen werden sollen, dieser kann auch gar nicht alles auf einmal machen. Gefragt bist also wieder Du! Wenn Du Lust hast, in einer Projektgruppe zu einem Thema zu arbeiten, z.B. Ökologie ..., überlege Dir einfach einen Termin und einen Ort (der JungdemokratInnen Turm Nürnberg steht immer zur Verfügung!), an dem sich die Leute, die sich vielleicht ebenfalls dafür

interessieren könnten, treffen. Schreibe eine Einladung, schick sie an den LSR, der schickt sie dann an die Mitglieder, nimm noch ein paar Freunde mit und das ganze läuft! Bei Bedarf steht Euch der LSR organisatorisch immer zur Seite. Dieser LandessprecherInnenrat besteht übrigens aus Leuten wie Du und ich, er ist quatiert besetzt, das heißt, daß es ebensoviele "Männer-" wie "Frauenplätze" gibt. Weil wir aber keine Dauerfunktionäre und Apparatschicks wollen, ist es nur einmal möglich, für den LandessprecherInnenrat wiederzukandidieren. Damit gibt es immer neue Leute und immer frischen Wind.

Eine Hauptaufgabe des GBJ ist die Vernetzung grün- bunter Jugendgruppen. Denn Jugendgruppen vor Ort sind viel besser dazu in der Lage, langfristige Arbeit zu leisten, haben vor Ort eine größere Schlagkraft und haben viel bessere Möglichkeiten, phantasievolle Aktionen durchzuführen, als wenn zu einer Aktion Jugendliche anreisen müssen, die über ganz Bayern verstreut sind. Außerdem macht es auch mehr Spaß, wenn viele Leute (Freunde?) länger zusammenzuarbeiten, nach einem Treffen noch ein Bierchen trinken gehen ...

**Deshalb: Wo immer zwei oder drei Jugendliche im GBJ in einer Stadt/Gemeinde sind: Baut eine Jugendgruppe auf!**

**Alleine sind wir einsam, zusammen sind können wir an den Grundfesten des CSU- Staates sägen!**

### Wie baut mensch eine grün- bunte Jugendgruppe auf?

Zunächst braucht mensch nichts weiter als zwei, drei Leute (je mehr, desto besser), die gemeinsam Politik machen wollen. Egal, ob sie bei den Grünen sind und die Schnauze voll von langweiligen Kreisversammlungen mit

Geschäftsordnungsdebatten haben, ob sie einfach Wut auf diesen Staat haben und Widerstand organisieren wollen, ob sie aus einer anderen Bewegung kommen. Wichtig ist nur das gemeinsame Ziel, gegen die Zerstörung unserer ökologischen Lebensgrundlagen, gegen Demokratieabbau im Freistaat, gegen Männerwirtschaft und Patriarchat etc., kämpfen zu wollen.

Als nächsten Schritt empfiehlt es sich (außer mensch ist so fit und schafft es alleine), sich an den grünen Orts- oder Kreisverband zu wenden. Denn mensch braucht:

- Knete (Kopien für Einladungen, Portokosten, Plakate ...)
- einen Raum zum Treffen
- Adressen von Jugendlichen, vielleicht haben ja die Grünen einige InteressentInnen!

Falls nicht bekannt, verrät Euch die grüne Landesgeschäftsstelle die Adresse/ Telefonnummer des grünen Orts- oder Kreisverbandes. (Die GRÜNEN Bayern, 089-227402, am besten zwischen 14.30 und 17.30 Uhr) Kleiner Tip am Rande: die Adressen der Mitglieder (interessant: die der jungen Mitglieder) hat meist nicht jedeR KreisvorständlerIn, sondern die/der KreisschatzmeisterIn. Wir empfehlen Euch auch, Euch mal mit jemand aus dem GBJ- LandessprecherInnenrat in Verbindung zu setzen. Wir helfen Euch auf jeden Fall bei organisatorischen Problemen, besuchen Euch einmal, vielleicht können wir sogar ein bißchen Knete locker machen.

Wichtig ist vor dem ersten offiziellen Treffen, möglichst viele Leute persönlich anzusprechen/rufen, denn da kommen wohl viel mehr als auf eine schriftliche Einladung. Selbst wenn auf dem ersten Treffen nur vier Leute da sind, ist das schon ein Erfolg. Auf dem ersten Treffen sollte nach Möglichkeit bereits eine erste Veranstaltung oder Aktion geplant werden. Hübsch für Neumitglieder ist es auch, diesen Jugendrundbrief und anderes sogenanntes "Selbstdarstellungsmaterial" zu kriegen.

Bestellt also ein paar beim LSR. Überlegt Euch auf der Versammlung, für was Ihr Euch besonders interessiert. Wenn Ihr eine Veranstaltung machen wollt und keinen Referenten habt, kann Euch da wahrscheinlich der LSR weiterhelfen. Hübsch wäre es auch, gleich nach dem ersten Treffen der Heimatzeitung/ Lokalpresse einen Bericht über Euer Treffen zu schicken, damit die Öffentlichkeit und damit weitere Jugendliche von Euch Wind bekommen. Vor einer Aktion/ Veranstaltung sollte die Presse rechtzeitig (10 Tage) vorher informiert werden.

Dann sollten weitere regelmäßige Treffen stattfinden, Aktionen, Flugblätter, etc. können vorbereitet werden. Verantwortlichkeiten sollten abgeklärt werden, z.B. wer für Einladungen, wer für Finanzen, wer für die Presse zuständig ist. Wenn das Teil dann erst mal läuft, kann mensch einen Vorstand wählen, ist oft aber überflüssig (soweit geklärt ist, wer zu Treffen einlädt, wer sich um die Presse, Finanzen, ggf. Protokolle, etc. kümmert), **weit wichtiger ist, daß die Gruppe lebt, daß sie eine "Gruppendynamik" entwickelt, daß allen die Politik Spaß macht!** Es ist für den Zusammenhalt sehr förderlich, nach einem Treffen noch einen gemeinsamen gemütlichen Teil zu zelebrieren. Mensch sollte nicht zu theoretisch werden - ich will damit nix' gegen spannende Diskussionen sagen -, toller ist es, aktionsbezogen, kreativ und phantasievoll über die Praxis zu quatschen.

Ihr könnt Euch für die Gruppe einen Namen ausdenken, der auch nicht ganz bedeutungslos ist, da er in der Öffentlichkeit bereits die Gruppe mit einem bestimmten Image versieht. Hier sind der Phantasie keine Grenzen gesetzt. Bis jetzt gab es Utopia, JungdemokratInnen, GAJ (GrünAlternativeJugend), Grünschnäbel, AJ (Alternative Jugend), GBAJ (GrünBuntAutonomeJugend) ... Wir sind gespannt, was Euch einfällt!

Beschluß der Landesversammlung im Januar:

# Stoppt den Krieg am Golf!

*Liebe Jugendliche!*

**Wir wissen alle, daß ein Krieg am Golf nicht nur viele Millionen Zivilisten und Soldaten tötet: *Ein Krieg am Golf trifft auch uns!***

- Der Irak droht, sämtliche Ölfelder in Brand zu setzen. Milliarden Tonnen Öl, die monatelang brennen werden, setzen so viele Schadstoffe frei, daß das Überleben von Mensch und der gesamten Umwelt stark gefährdet wird (Ölpest, Ozonloch, Klimakatstrophen, Hungersnöte ...)

- Der mögliche Einsatz von atomaren, biologischen und chemischen Waffen erhöht dieses Risiko, zumal Hussein angekündigt hat, Giftgas einzusetzen, und die britische, amerikanische sowie die israelische Regierung den Einsatz von Atomwaffen nicht ausschließen.

## Wir lassen uns unsere Zukunft nicht nehmen!

Wir wollen keinen Krieg. Krieg kann keine Probleme lösen. Wir wissen heute, daß moderne Kriege nicht eingrenzbar und nicht abschätzbare Folgen haben können. Die möglichen Kosten eines Krieges sind weder menschlich noch wirtschaftlich, noch aus ökologischen Gründen für uns oder eventuell folgende Generationen annehmbar.

Der größtmögliche Nutzen - Befreiung der Welt von einem Diktator und Aggressor; Sicherung der Ölreserven - steht in keinerlei Verhältnis zum größtmöglichen Schaden - der Vernichtung der gesamten Menschheit.

*Deshalb fordern wir von der Bundesregierung:*

- Keine Bundeswehr an den Golf
- Keine Änderung des Grundgesetzes in diesem Zusammenhang
- Bundesrepublik ohne Armee
- Keine finanzielle und logistische Unterstützung des Krieges am Golf
- Keine Steuererhöhung für die Finanzierung des Krieges am Golf
- Rüstungsexporte verbieten, Verstöße konsequent bestrafen: Krieg darf keinen Profit bringen!
- Konversion von Rüstungsbetrieben
- Diplomatische Initiative zur Durchsetzung einer Nahostkonferenz

Wir wünschen uns für unsere Zukunft eine friedliche, gerechte und demokratische Welt.

**Wir fordern Euch auf, Euch an Aktionen der Friedensbewegung zu beteiligen und diese zu unterstützen.**

## Schulpolitisches Programm

### Was soll Schule nach der bayerischen Verfassung sein?

*"Die Schulen sollen nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern auch Herz und Charakter bilden. Oberste Bildungsziele sind Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor religiöser Überzeugung und vor der Würde des Menschen, Selbstbeherrschung, Verantwortungsgefühl und Verantwortungsfreudigkeit, Hilfsbereitschaft und Aufgeschlossenheit für alles Wahre, Gute und Schöne. Die Schüler sind im Geiste der Demokratie, in der Liebe zur bayerischen Heimat und zum deutschen Volk und im Sinne der Völkerverständigung zu erziehen. Die Mädchen sind außerdem in der Säuglingspflege, Kindererziehung und Hauswirtschaft besonders zu unterweisen."*

So stehts in der Verfassung...

### Der Frust an der Schule

Was ist Schule wirklich? Wie erleben wir SchülerInnen sie denn täglich?

Schule vermittelt Zwang. Zwang, hineinzugehen und etwas zu tun, worauf frau/man selten Lust hat und obendrein oft noch unsinnig ist. Zwang, zu büffeln, etwas auswendig zu lernen, das frau/man nach der nächsten Schulaufgabe oder Ex sowieso wieder vergißt. Zwang, eine Leistung zu bringen, weil man sonst das "Klassenziel nicht erreicht". Schule hat eben nicht die Funktion, "Achtung vor der Würde des Menschen, Verantwortungsfreudigkeit und Aufgeschlossenheit..." zu vermitteln. Schule ist eine Präge-

anstalt, in der die SchülerInnen schon mal für die profitorientierte und egoistische Leistungsgesellschaft vorprogrammiert werden. Schule ist eine Einrichtung, in der frau/man lernt (oder lernen soll) "nach oben zu schleimen und nach unten zu treten", ein Verhalten, das dann später im Berufsleben als "Ellenbogenverhalten" bezeichnet wird. Schule ist eine Anpassungsmaschinerie, die einem Prototyp eines Menschens, der leistungsfähig, leistungsbereit und unkritisch ist, alles erleichtert, und allen anderen Knüppel in den Weg wirft.

Schule ist unemanzipatorisch, denn sie lehrt Unterordnung anstatt einer Selbstbefreiung aus gesellschaftlichen Unterdrückungsverhältnissen. Schule ist undemokratisch, denn SchülerInnen dürfen weder bei dem, was sie zu lernen haben, mitbestimmen, noch haben sie echte Selbstvertretungsrechte. Das fängt bei einer quasi rechtlosen SMV an, geht weiter über die Zensur von SchülerInnenzeiten und hört damit auf, daß DirektorInnen meist auf Lebenszeit vom "Freistaat" oder Städten ernannt werden.

Das Wissen, das in der Schule vermittelt wird, ist oft praxisfern und nur abstraktes Fachwissen. Speziell die Gymnasien bilden FachidiotInnen heran, die zwischen den einzelnen Fächern keinen Überblick mehr haben. EinE KollegiatIn ist oft fähig, eine Implikationsverknüpfung, eine Intervallschachtelung oder eine indirekte Vektorabbildung vorzunehmen, weiß aber oft nicht einmal den Unterschied zwischen Erst- und Zweitstimme bei der Bundestagswahl.

Mensch lernt in der Schule beispielsweise, irgendein literarisches

Meisterwerk, sei es Goethe, Kafka oder Frisch, in den Griff zu bekommen und es schablonenartig einzuordnen, so daß mensch im Unterricht fast keine Chance hat, sich mit dem Werk selbst und der Aussageabsicht der/s AutorIn auseinander zusetzen. Mensch lernt, wie Logik und Empirik angewendet wird, wie sie/er sich auf ein Gebiet spezialisiert, wie sie/er irgendeinen Unsinn auswendig lernt. Der Zusammenhang zwischen einzelnen Fächern oder/und Lebensbereichen geht verloren bzw. entsteht erst gar nicht. In der Schule wird nicht gelernt, wie mensch mit seinen Eltern auskommt, wie frau/man Konflikte mit der Freundin oder dem Freund lösen kann oder wie mensch seine Kinder emanzipatorisch erzieht. Mensch lernt bestenfalls, daß sie/er ruhig zu sein hat und sich anpassen muß, weil sie/er sonst einen Verweis bekommt.

Unsere Schulen sind zu fabrik-ähnlichen Mammutstrukturen geworden, sie sind keine Stätten der Bildung, geschweige denn der Beschaulichkeit. Schulmüdigkeit und Agressivität haben zugenommen (wen wundert's ...).

Als Folge der Zentralisierung der "Bildungseinrichtungen" werden den SchülerInnen immer weitere und riskantere Schulwege zugemutet.

Zwölf-Stunden-Arbeitstage, Fünfzig-Stunden-Wochen, sowie Samstags-, Sonntags-, Feiertags- und Ferienarbeit sind längst keine Ausnahmen mehr. An den Gymnasien sind sie -zumindest für einen großen Teil der SchülerInnen- sogar die Regel. Immer mehr Stoff wird in immer kürzerer Zeit regelrecht durchgehetzt, oft bis in die Pausen hinein. Es bleibt im Unterricht kaum Zeit zu kritischem Überdenken (Wozu auch?), zur Konzentration und zur Nachfrage. Die Aneignung des Stoffes wird damit immer oberflächlicher, es wird zwar immer mehr gepaukt, aber immer weniger gelernt.

### Eine solche Schule macht krank:

Viele SchülerInnen haben ständig Kopf- und Magenschmerzen, Darmbeschwerden und Schlafstörungen. Kreuzschmerzen gehören aufgrund der absolut ungeeigneten Bestuhlung fast schon zur Regel. Immer mehr Jugendliche halten die Schule nur noch mit Beruhigungs- oder Aufputschmitteln aus, immer mehr Jugendlichen fehlt jedes Selbstwertgefühl und Selbstvertrauen. Schule ist nicht zuletzt eine der Ursachen der Drogenproblematik.

Eine erschreckend hohe Zahl von SchülerInnen nimmt sich sogar das Leben, noch mehr denken zumindest immer wieder daran. Zehn und mehr Jahre Streß und Angst, dazu Konkurrenzdruck und kiloschwere Schultaschen haben ihren Beitrag zur Blüte der Pharmaindustrie geleistet. Es bleiben auch seelische Narben:

**Resignation, Hoffnungslosigkeit und Null-Bock sind vergleichsweise noch kleinere Probleme. Denn bei vielen SchülerInnen erstickt und zerstört die Schule die natürliche Lernfähigkeit- und Motivation, die Kritikfähigkeit und Solidarität, vor allem aber Kreativität und Phantasie.**

**Wir stellen uns eine Schule vor, in der SchülerInnen wirklich für sich, gemäß dem alten Spruch, fürs Leben lernen, und nicht nach dem Maßstab, was die Industrie von morgen für Arbeitskräfte braucht. Dazu muß die Schule radikal demokratisiert werden.**

Bei der Viergliederung des Schulsystems kommt am offensichtlichsten zu Tage, daß von Oben ein Konkurrenzkampf unter den SchülerInnen geschürt wird. Daraus muß ein solidarisches Miteinander werden.

### GBJ fordert:

#### \* dezentrale, integrative Nachbarschaftsschule statt Vierteligen Schulsystem

Wir wollen die Schule als einen Ort für gemeinsames, gleichberechtigtes Leben und Lernen von Jungen und Mädchen, unterschiedlich stark begabten SchülerInnen, unterschiedlichen sozialen Schichten, AusländerInnen und Deutschen, Behinderten und Nicht-Behinderten. Die Schule soll zu einem Ort eines selbstbestimmten und ökologischen Lebens und des Lernens in ganzheitlichen Zusammenhängen werden. Alle SchülerInnen sollen in einem einheitlichen, integrierenden Schulwesen bis zur 10. Klasse ausgebildet werden, alle erhalten einen einheitlichen Abschluß, zu dem hin sie individuell gefördert werden, danach sollen sie freiwillig bis zur 13. Klasse weitermachen dürfen. **Die Schule muß ihre Funktion als soziales Siebtrommel verlieren.**

Wir wollen einen umfangreichen Kurs- und Projektunterricht. Es würde wenig Sinn machen, Ökologieunterricht trocken im Klassenzimmer abzuhalten. Die SchülerInnen müssen raus aus der Schule - lebendige Wirklichkeit muß hinein!

Die Trennung von Schule und Freizeit muß aufgehoben werden. Musik, Theater, Werken, Malen und Spiel müssen wieder ihren Platz in der Schule finden. Wir wollen ein praxisbezogenes Lernen für LehrerInnen und SchülerInnen, auch in Handwerk, Industrie- und Landwirtschaft. Dafür sind kleinere Klassen bzw. Kurse notwendig. Deshalb müssen kurzfristig sämtliche arbeitslosen LehrerInnen eingestellt werden.

Wenn die Schule zu einem Ort der "Muße" werden soll, muß sie für die SchülerInnen auch Freizeiteinrichtung bereitstellen, und nachmittags sowie abends den Jugendlichen als Jugendzentrum zur Verfügung stehen.

#### \* Mehr Rechte für die SchülerInnenvertretungen:

- Aufwandsentschädigung für gewählte SchülervertreterInnen
- Anerkennung von Kreis/ Stadt/ Bezirks/ Landes/ Bundesweiten Schülervertretungen und finanzielle Absicherung ihrer Arbeitsfähigkeit
- Stimm-, Rede- und Antragsrecht der SchülervertreterInnen in der kollegialen Schulleitung (siehe unten)
- Zugang der SMV zur technischen Ausstattung der Schule (insbesondere Kopierer)
- Der Einfluß des Elternbeirates ist zu reduzieren - er darf nicht größer sein als der Einfluß der SchülerInnen, denn die Eltern dürfen als nur mittelbar Betroffene keinen wesentlichen Einfluß auf das schulische Geschehen haben
- Die LehrerInnenkonferenz muß in der Regel SchülerInnen-öffentlich tagen

#### \* Recht auf freie Meinungsäußerung und Pressefreiheit:

- Keine Zensur von SchülerInnenzeitungen
- Mehrere, auch konkurrierende SchülerInnenzeitungen müssen möglich sein
- Finanzielle Absicherung des Erscheinens von Schülerzeitungen
- Aufwandsentschädigung und Zugang zur technischen Ausstat-

tung der Schule für RedakteurInnen

- Keine Benachteiligung von SchülerInnen, die sich wertend über LehrerInnen äußern

#### \* Einführung mehrerer lerninhaltsfreier Stunden pro Woche

- Aufsicht in diesen Stunden nicht durch LehrerInnen sondern durch Klassen/SchulsprecherInnen oder SozialpädagogenInnen
- Diskussion und Beschlußfassung über Lerninhalte, Lernziele und Unterrichtsform im Rahmen weitgefaßter Zielbestimmungen
- Erörterung von schulischen und anderen Problemen
- Diskussion über Tätigkeit der KlassensprecherInnen, gegebenenfalls wird ihnen ein imperatives Mandat mitgegeben (Hierdurch wird demokratisches Handeln für alle eingeübt, das sich nicht darauf beschränkt, jedes Jahr einmal eine Stimme bei der Wahl der/s KlassensprecherIn abzugeben (vgl. Alle vier Jahre ein Kreuzchen ist Demokratie)) ==> Einübung politischer Partizipation

#### \* Mitbestimmung bei der Wahl von Lerninhalt, Unterrichtsform und Lernziel

Das Lehrbuchlernen in einer großen Klasse ist völlig ineffektiv und langweilig. In kleineren, zum Teil selbstorganisierten Lernkreisen ist viel mehr Austausch untereinander möglich. Durch die Diskussion eines Themas steigt das Interesse und damit auch die Bereitschaft, Wissen aufzunehmen. Außerdem lernt man dabei auch den demokratischen Umgang mit anderen Meinungen.

Mit dem Lernen auf ein bestimmtes Ziel hin ist der Stoff nicht mehr so abgehoben, abstrakt und entfremdet, sondern konkret, da er sich auf eine Sache bezieht, die für die SchülerInnen begreifbar ist und mit dem sie sich identifizieren können. Unsere Vorstellung von Schule läuft darauf hinaus, daß die SchülerInnen sich frei und selbstbestimmt, entsprechend Neigung und Talent, entwickeln können.

*Lehrpläne mit detaillierten und verpflichtenden Normvorgaben sind abzuschaffen und durch weiter gefaßte Zielbestimmungen abzulösen. Lerninhalte sind dann nicht mehr verpflichtend, sondern dienen stattdessen als erklärendes Beispiel.*

Mit der Möglichkeit der Auswahl von Unterrichtsthemen ab der 5. Klasse verschwindet der Zwang, sich mit Dingen auseinanderzusetzen, die fast niemand interessieren. An die Stelle des Zwangs tritt nun die Freiwilligkeit, die mehr Spaß macht und somit lerneffektiver ist.

#### \* Abschaffung von Disziplinarmaßnahmen

Wenn Schule zu einem Ort der Freiheit und der echten menschlichen Entwicklung werden soll, muß von disziplinierenden Maßnahmen, wie Verweisen ect., Abstand genommen werden. Strafen sind autoritär und antiemanzipatorisch. Sie haben hauptsächlich den Zweck, SchülerInnen zur Anpassung oder/und Leistung zu zwingen. "Schuleschwänzen" darf in einem System, in dem sich jedeR selbstbestimmt entwickeln soll, nicht länger unter Strafe gestellt sein. Die Schule muß vielmehr von sich aus Spaß machen und so attraktiv werden, daß solche Zwangsmechanismen überflüssig werden.

ter im Berufsleben nicht mehr hinterfragt werden.

*Letztlich haben Noten in der Schule die Funktion, für die Hierarchie der kapitalistischen Gesellschaft das ihr anvertraute Menschenmaterial entsprechend zu programmieren und vorzusortieren.*

#### \* Umwandlung der Schulpflicht in ein Recht auf Schule

Wir treten gegen die Schulpflicht und für ein Recht auf Bildung ein. Denkbar wäre die Ausgabe von Bildungsgutscheinen an die SchülerInnen, die damit das Recht erwerben, zu jeder Zeit jede Schule zu besuchen.

Die Durchsetzung der Schulpflicht mit Polizeigewalt ist eine Verletzung der im Grundgesetz garantierten Menschenrechte. War die Einführung der allgemeinen Schulpflicht im 19. Jahrhundert ein sozialer Fortschritt, so ist sie heute zum Zwang gegen SchülerInnen geworden.

#### \* Abschaffung des Direktorialprinzipes

Selbst der Handlungsspielraum der LehrerInnen ist stark eingeschränkt. Das beginnt bei knebelnden Lehrplänen und geht über eine disziplinierendes Beurteilungsverfahren bis zur Verweigerung demokratischer Prinzipien, etwa bei der Bestimmung von SchulleiterInnen. Wir lehnen aus emanzipatorischer Sicht jede Art von Autorität, Hierarchie ect. ab und fordern deswegen die Abschaffung des Direktorialprinzips. Wir befürworten stattdessen die Wahl einer kollegialen Schulleitung auf Zeit durch die SchülerInnen und LehrerInnen der Schule mit jeweils gleichem Stimmanteil. Allgemein sollte bei der Besetzung leitender Positionen auf eine stärkere Berücksichtigung von Frauen (Quotierung) geachtet werden.

#### \* Abschaffung der Noten als Versetzungs- und Bewertungskriterium

Ob beider Lehrstellensuche oder beim Numerus clausus: Noten oder Notendurchschnitte sind der "objektive Gradmesser", der wesentliche Vorentscheidungen für die Zukunftschancen der/s SchülerIn trifft. Tatsächlich bleibt bei kritischer Betrachtung nichts als ihre Zufälligkeit übrig. Zum einen sind sie abhängig von den Stimmungen der/s NotengeberIn, seiner/m vorabendlichen Alkoholgehalt von dem Geschlecht, Verhalten, Kleidung und Umgangston einer/s SchülerIn, oder seiner/m Hang zum pädagogischen Exempeln, von Vorurteilen usw...

Noten reduzieren gepauktes Wissen und die Fähigkeit, dieses wiederzugeben, auf eine Zahl. Wissen wird in Details zerlegt, die jeweils wahr oder falsch sein können. Vernetztes, fächerübergreifendes Denken entzieht sich diesem Schema.

**Noten fördern nicht das Verständnis für den Lerngegenstand, sondern das Pauken für das Kurzzeitgedächtnis.**

Noten sind ein Faktor, mit dem das Leistungsprinzip in der Schule hervorgerufen und die Konformität belohnt wird. Die meisten werden zur/m EinzelkämpferIn um Noten und Punkte. Denn warum soll frau/man solidarisch lernen, wenn doch nur das belohnt wird, was die/der LehrerIn als Leistung dieser/s SchülerIn wahrnimmt. Durch Noten soll die für unsere Gesellschaft elementare Praxis von Leistung unter Zwang und Aufsicht bei Konkurrenzdruck vermittelt und verinnerlicht werden. Frau/man lernt etwas zu tun, dessen Sinn er/ sie nicht einsieht und dessen Inhalt uninteressant ist. Tätigkeiten, wie zum Beispiel Rüstungsproduktion, sollen spä-

### \* Keine Diskriminierung durch Lehrmaterial

Fächerübergreifend ist überall auf die Aspekte der Gleichberechtigung zu achten. Das verwendete Lehrmaterial muß auf Rollenklischees sowie auf die Diskriminierung von Randgruppen überprüft und entsprechend überarbeitet werden. Das Verschweigen von Frauengeschichte sowie die heimliche Abwertung der Frau durch eine von männlichen Formen geprägte Sprache darf nicht länger stattfinden.

(Hinweis: Das GrünBunteJugendnetz/ JungdemokratInnen erstellt ein eigenes Frauenprogramm, das besonders auf die Aspekte der Schülerinnen eingehen wird)

### \* Weg mit dem Religionsunterricht

Zur Erziehung zur Toleranz gehört auch die Erziehung zur Religionsfreiheit. Diese ist an Bayerns Schulen kaum gegeben. SchülerInnen haben gerade in Bayern fast keine Möglichkeit, sich gegen religiöse Einflußnahme zu wehren; es kommt öfter vor, daß SchülerInnen ausgegrenzt werden, wenn sie sich vom Christentum abwenden.

Formal erreicht man zwar mit 14 Jahren die Religionsmündigkeit, aber faktisch kann frau/man nicht gegen den Willen der LehrerInnen, des Direktoriats und der Eltern aus dem Religionsunterricht austreten. Selbst der Kirchenaustritt ist unproblematischer. Wir meinen, es darf niemand gezwungen werden, einen konfessionell gebundenen Unterricht zu besuchen.

Ein demokratischer Staat muß weltanschaulich und religiös neutral sein, denn wenn er sich an eine Religion bindet, hat das die Ausgrenzung aller Andersdenkender zur Folge. Weiter sollte ein demokratischer Staat alle in ihm lebenden Menschen integrieren

können. Zur Neutralität gehört auch, daß sich der Staat nicht für eine Religion vereinnahmen läßt, das heißt zum Beispiel, über die Schulen Propaganda für eine bestimmte Religion zu verbreiten.

Daher wäre es Aufgabe für einen demokratischen Rechtsstaat, den Religionsunterricht abzuschaffen und religiöse Dogmen und daraus Gefolgertes aus der Verfassung zu streichen (z.B. den Auftrag an die Schule zur Erziehung zur Ehrfurcht vor Gott).

Statt des Religionsunterrichtes fordern wir einen Philosophie oder/und Religionskundeunterricht. Das "Schulgebet" ist eine kultische Handlung und gehört nicht in den Bereich des Staates, d.h. nicht in den Unterricht.

### \* Frühzeitiger

#### Sexualkundeunterricht

Wir fordern einen ausführlichen, frühzeitigen und emanzipatorischen Sexualkundeunterricht. Ungewollt schwangere Mädchen, sexuelle Unterdrückung der Frauen, eine verklemmte Sexualmoral und gesellschaftliche Mißachtung von Lesben und Schwulen sind einige krasse Ergebnisse der faktischen Nicht-Aufklärung durch die Schulen. Besprochen werden müssen frühzeitigst sämtliche Verhütungsmethoden, homo- und heterosexuelle Lebensformen, Orgasmen von Frau und Mann, Masturbationstechniken beider Geschlechter sowie verschiedene Liebesstellungen (auch die homosexueller Paare).

Dadurch soll die verkrampte und unnatürliche Sexualität, die heute noch weit verbreitet ist, durch eine neue, natürliche, emanzipatorische Erotik abgelöst werden. Im Sexualkundeunterricht soll weiterhin ausführlich über Beziehungsprobleme und Konfliktlösung informiert werden.

An den Schulen sind kostenlos Kondome zu verteilen.

### \* Soziale Sicherung für Schüler

- Wir fordern ein angemessenes, rückzahlfreies und elternunabhängiges SchülerInnen BaFöG für alle SchülerInnen ab der 11. Klasse. Denn Freiheit und Emanzipation dürfen nicht nur auf Formalia beschränkt bleiben, sondern müssen auch sozial abgesichert sein. Das Einkommen der Eltern ist für die Höhe des SchülerInnen BaFöGs nicht zu berücksichtigen, da das Geld ausschließlich in den Händen der SchülerInnen sein soll und nicht an Bedingungen geknüpft werden darf. Eine Emanzipation gegenüber den Eltern ist schwierig, denn wer verklagt schon seine Eltern?

- Weiter fordern wir SchülerInnenwohnheime. Sie sollen allen SchülerInnen die Möglichkeit bieten, weg von zuhause ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

### \* Reform der LehrerInnen Ausbildung

Auch die Ausbildung der LehrerInnen spiegelt das dreigliedrige Schulsystem wieder. Sie muß künftig auf ein pädagogische und fachliche Ausbildung ausgerichtet sein, die den Erfordernissen einer emanzipatorischen und demokratischen, eingliedrig Schule entspricht, und deren Hauptanliegen das Wohl des Schülers ist.

- Seit wann wissen Sie, daß Sie heterosexuell sind?
- Hatten Sie damals Angst, jemand würde Ihre Heterosexualität herausfinden?
- Hatten Sie Selbstmordgedanken als Sie wußten, daß Sie heterosexuell sind?

So herum sind diese Fragen doch recht ungewöhnlich, während sie umgekehrt Schwulen, Homosexuellen gestellt werden. Dies zeigt ganz deutlich, daß *Homosexualität in unserer Gesellschaft noch weit davon entfernt ist, als sexuelle Orientierung akzeptiert zu werden.*

Die Minderheit, die Homosexualität noch immer als Krankheit stigmatisieren will, muß sich doch sagen lassen, daß ihre These jeglicher Rationalität entbehrt. Nur weil es Menschen gibt, die sich nicht vorstellen können, daß ihnen etwas gefällt, was andere total geil finden, können sie doch nicht diese anderen als krank bezeichnen. Reinhold Messner wird ja auch nicht als Kranker angesehen.

Auch ist noch immervielen (vielleicht verklemmten) Menschen offenbar nicht egal, was andere im Bett machen. Das zeigt sich beim Belächeln bis zum Strafgesetzbuch, wo der §175 einem 18-jährigen Mann verbietet mit seinem 17-jährigen Freund zu schlafen. 16- und 17-Jährige ist o.k., 17- und 18-Jährige ist illegal, also ein Jahr Pause, 18- und 19-Jährige ist wieder o.k. Welch ein Gesetz! Begründet wird das dann mit einer möglichen sexuellen "Fehlentwicklung" des Jugendlichen.

**Es gibt keine "normale" Sexualität. Sexualität ist immer individuell. Sie hat nur da ihre Grenzen, wo die Selbstbestimmung anderer eingeschränkt wird.**

Homosexualität ist demnach weder abnormal, noch eine "Krankheit", noch eine "Phase" oder ein "Notbehelf", wie von manchen oft unterstellt wird. Wohl beruht die Annahme, es handle sich um eine "Krankheit" oder gründet sich die Tendenz, es nicht ernstnehmen zu wollen, nicht zuletzt auf der eigenen Unsicherheit, bzw. darauf, nicht zu wissen, wie man sich verhalten soll. *Aber es geht um die Gefühle von Menschen füreinander und sie haben ein Recht darauf, ernstgenommen zu werden.*

## Die JungdemokratInnen fordern daher:

- Die Behandlung der Homosexualität als gleichberechtigte sexuelle Orientierung im Sexualkundeunterricht
- Die Möglichkeit der homosexuellen Ehe
- Gleichberechtigung der Homosexualität in allen Bereichen der staatlichen Verwaltung und der Gesellschaft

**JungdemokratInnen**  
**radikaldemokratisch & parteiunabhängig**  
KV Nürnberg, Spittlertormauer 5, 8500 Nürnberg 1, Tel.: 0911/208041



# Veraltete Sexualmoral contra Aufklärung

AIDS kam all denjenigen wie gerufen, die uns eh schon immer Enthaltensamkeit predigten und **uns den Sex vermiesen** wollten. Die Kirchen, die konservativen Kreise aus den C-Parteien bis hin zu Teilen der SPD hatten endlich ein rationales Argument für ihre irrationalen und lustfeindlichen Vorstellungen. Unter dem Motto "Bleib treu und Du kriegst kein AIDS!" stand und steht z.T. heute noch die Desinformationspolitik der Bundesregierung. Letztere hatte noch eine zweite Ursache, nämlich das **Totschweigen der Tabuthemen** Homosexualität, Sexualität unter Jugendlichen und dem Zusammenhang zwischen FixerInnen und Prostitution.

Die bayerische Staatsregierung hatte dem Ganzen noch eins 'draufgesetzt, indem sie gezielt **bestimmte Randgruppen**, die mal eben als besondere Risikogruppen tituliert wurden, ins gesellschaftliche, **teilweise sogar ins kriminelle Abseits** rückte. Von Zwangstests war die Rede bis zur Internierung von AIDS-Infizierten.

Für Kondome hat dagegen die Regierung höchstens in der Gestalt von Rita Süßmuth Werbung gemacht, während Gesundheitsämter und AIDS-Selbsthilfegruppen das schon die ganze Zeit empfehlen. Auch welche sexuellen Praktiken nun hinsichtlich AIDS gefährlich sein können und welche nicht, wurde nie richtig von staatlichen Stellen verbreitet - es ist ja ein Tabu.

Hoch sind die Ansteckungsrisiken bei Vaginalverkehr, Oralverkehr, sofern Samenflüssigkeit in den Mund kommt oder Verletzungen im Mund vorhanden sind, Analverkehr, Schwangerschaft, Spritzen oder Rasierklingen, sofern sie von mehreren Personen verwendet werden. Sowohl bei analem, vaginalem oder oralem Geschlechtsverkehr empfehlen wir dringend Kondome, unabhängig von der sexuellen Orientierung. Bei Spritzen raten wir zu Einweg-Spritzen, deren kostenlose Abgabe an FixerInnen wir fordern. Auch besser nur die eigenen Rasiermesser verwenden. Ohne Risiko ist die gegenseitige Masturbation, **Afterlecken** oder übliche soziale Kontakte beim Arzt, in der Schule, beim Händeschütteln, u.ä. Auch durch Haustiere oder Insekten wird der Virus nach heutigem Wissen nicht übertragen.

WARNEN möchten wir aber in jedem Fall vor einer Art AIDS-Hysterie. Es ist keineswegs so, daß nun jedeR der/die hier rumläuft, nun der/die potentielle AIDS-InfizierterIn ist. Solche Wahnvorstellungen führen zu leicht zu politischen und gesellschaftlichen Überreaktionen, siehe bayerische Staatsregierung, Kirche, etc. D.h. aber nicht, daß mensch sich nicht schützen soll!

Inzwischen werden in der AIDS-Forschung kritische Stimmen laut. Allen voran vertritt Prof. Duesberg, Berkeley, die Auffassung, das HIV-Virus sei lediglich ein Indikator an AIDS zu erkranken. In der Tat konnte bislang noch nicht belegt werden, daß das HIV-Virus das Immunsystem angreift. Das Immunsystem kann aber auch von einem anderen Stoff angegriffen werden, der bis heute noch nicht entdeckt ist und dessen Verbreitungsweg nicht notwendigerweise mit dem des HIV-Virus identisch sein muß. Für diese These sprechen auch diverse Statistiken und Untersuchungen, die aber alle keinen nennenswerten, absoluten Aussagewert haben. **Die Selbstverständlichkeit mit der behauptet wird, daß das HIV-Virus der AIDS-Erreger ist wird angezweifelt.**

Wahrscheinlich ist aber auch, daß der nach dieser Theorie andere AIDS-Erreger auf eine zumindest ähnliche Weise verbreitet wird, wie der Virus.

**Also weiter Kondome benutzen!**

Auch denjenigen, die sagen, daß sie diese AIDS-Diskussion allgemein für Panikmache halten, würden wir Kondome empfehlen, denn selbst wer nicht an AIDS denkt, muß sich doch diverser Geschlechtskrankheiten bewußt sein. Übrigens müssen Kondome die Lust nicht mindern, sondern können auch das Gegenteil bewirken.

### **JungdemokratInnen fordern:**

- *kostenlose Abgabe von Kondomen an SchülerInnen*
- *Abgabe von Verhütungsmitteln auf Krankenschein*
- *keine Diskriminierung von Schwulen, keine Schließung von Schwulentreffpunkten/-kneipen*
- *verbindliche Richtlinien und Lehrpläne für den Schulunterricht zum Thema AIDS*
- *Flächendeckende Einführung von Beratungsstellen, vorzugsweise von Selbsthilfegruppen*
- *keine Reihenuntersuchungen in Knästen, bei Angestellten im öffentlichen Dienst, etc.*
- *kostenlose Abgabe von sterilen Einwegspritzen an FixerInnen*



**radikaldemokratisch & parteiunabhängig**

KV Nbg., Spittlertormauer 5, 8500 Nürnberg 1, Tel.: 0911/208041

## **Satzung**

**des Grünbunten Jugendnetzes - Jungdemokratinnen und Jungdemokraten,  
Landesverband Bayern**

### **Art. 1 Name und Sitz**

1. Der Verband trägt den Namen "Grünbuntes Jugendnetz - Jungdemokratinnen und Jungdemokraten, Landesverband Bayern e.V.". Die Kurzbezeichnung lautet GBJ.
2. Der Sitz der Vernetzung ist Nürnberg.

### **Art. 2 Aufgaben**

- Der parlamentarische Ansprechpartner sind DIE GRÜNEN BAYERN. Es wird jedoch festgestellt, daß es keinen Alleinvertretungsanspruch für grün, linksalternative Jugendpolitik geben kann. Das GBJ hat die Aufgabe:
- a) der landesweiten Vernetzung alternativer, bunter und grüner Jugendgruppen und Jugendlichen,
  - b) des Informations- und Erfahrungsaustausches der einzelnen jungen Leute und Jugendgruppen durch die Herausgabe eigener Publikationen und Verbreitung fremder Publikationen, ohne dabei Gewinn zu erzielen,
  - c) der Durchführung von staats- und gesellschaftspolitischer Bildungsarbeit durch Abhalten von Seminaren, Kolloquien und ähnlichen Veranstaltungen,
  - d) der Erarbeitung und Durchsetzung von Programmatik junger Politik auf Parteiebene und in der Öffentlichkeit,
  - e) in der bayerischen Jugend politische Bildung im alternativen und demokratischen Sinne zu betreiben,
  - f) Auslandsreisen Jugendlicher im Dienste des Friedens und der Völkerverständigung zu fördern und zu finanzieren und das Zusammenwirken mit gleichgesinnten Menschen und Bürgern im In- und Ausland zu verstärken.
- Wirtschaftliche Sinne werden nicht verfolgt.

### **Art. 3 Mitgliedschaft**

Mitglied der Vernetzung kann jedeR werden der/die sich zu den Grundsätzen

- |                       |                |
|-----------------------|----------------|
| - radikaldemokratisch | - ökologisch   |
| - emanzipatorisch     | - sozial       |
| - antimilitaristisch  | - feministisch |
| - antifaschistisch    |                |

bekannt.

### **Art. 4 Aufnahme von Mitgliedern**

Der Eintritt erfolgt schriftlich beim LandessprecherInnenrat oder bei einer Basisgruppe. Mitglied kann nur werden, wer das 24. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, ausgenommen davon sind Jugendliche, die bei Inkrafttreten dieses Artikels bei einer Basisgruppe aktiv sind.

### **Art. 5 Beendigung der Mitgliedschaft**

1. Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Streichung oder Tod, bzw. bei Vollendung des 29. Lebensjahres. AmtsinhaberInnen behalten ihre Mitgliedschaft bis zum Ablauf ihrer Amtszeit. JungdemokratInnen, die zum Zeitpunkt der Vereinigung das 29. Lebensjahr vollendet haben, behalten ihre Mitgliedschaft bis zum 31.12.96, beenden diese aber spätestens mit der Vollendung ihres 35. Lebensjahres.
2. Der Austritt muß schriftlich gegenüber dem LSR erklärt werden und wird sofort wirksam.
3. Wenn ein Mitglied unbekannt verzieht und binnen eines Jahres seine neue Adresse weder dem LSR noch einer Basisgruppe mitteilt, kann es vom LSR gestrichen werden. Das Landesschiedsgericht kann von dem/der Betroffenen angerufen werden.

### **Art. 6 Ausschluß**

1. Der Ausschluß kann nur erfolgen, wenn das Mitglied vorsätzlich gegen die Satzung oder erheblich gegen sie Grundsätze oder Ordnung des GBJ verstößt und damit schweren Schaden zufügt. Über den Ausschluß entscheidet das Landesschiedsgericht.
2. Der Ausschluß kann nur auf Antrag der betroffenen Basisgruppe oder auf Antrag des LSR oder der Landesversammlung ausgesprochen werden.

### **Art. 7 Gliederung**

1. Es sollen Basisgruppen als örtliche Untergliederungen, sowie Landesarbeitsgruppen nach selbstgewählten inhaltlichen Schwerpunkten gebildet werden.

2. Über die Anerkennung von Basisgruppen und Landesarbeitsgruppen entscheidet der LSR vorbehaltlich einer Entscheidung der Landesversammlung. Eine Basisgruppe kann anerkannt werden, wenn sie mindestens vier Mitglieder hat.
3. Über ihre innere Struktur entscheiden die Basisgruppen und Landesarbeitsgruppen autonom, sie dürfen den Grundsätzen des GBJ nicht zuwider laufen.
4. Mehrere Basisgruppen in einem Bezirk Bayerns können sich zu einer Bezirksgruppe zusammenschließen.

#### Art. 8 Organe

1. Die Organe des GBJ sind:

- die Gesamtheit der Mitglieder
- der LandessprecherInnenrat
- die Basisgruppen
- die Landesversammlung
- das Landesschiedsgericht
- die Bezirksgruppen

2. Alle Gremien tagen öffentlich

#### Art. 9 LandessprecherInnenrat

1. Der LandessprecherInnenrat besteht aus sechs Mitgliedern, die von einer Landesversammlung gewählt werden.
2. Die Parität muß gewährleistet sein.
3. Der LandessprecherInnenrat organisiert und führt die beschlossenen Aktivitäten der Landesversammlung durch, soweit keine Basisgruppe oder Landesarbeitsgruppe den Anspruch erhebt. Er ist zuständig für die Verwaltung der Finanzen. Weitere Aufgaben ergeben sich aus der Satzung.
4. Der LandessprecherInnenrat ist vor der Landesversammlung verantwortlich und rechenschaftspflichtig. Er ist jederzeit von der Landesversammlung abwählbar, jedoch muß der Abwahlenantrag vorher schriftlich in der Tagesordnung vorliegen.
5. Der LSR besitzt ein politisches Entscheidungsrecht im Rahmen der Beschlüsse der Landesversammlung. Er nimmt die Außenvertretung wahr.

#### Art. 10 Landesversammlung

1. Die Landesversammlung wird vom LandessprecherInnenrat unter Mitteilung der Tagesordnung, des Datums, der Zeit, und einer Wegbeschreibung mit einer Ladungsfrist von drei Wochen einberufen.
2. Die Landesversammlung muß mindestens zweimal im Kalenderjahr stattfinden.
3. Der Delegiertenschlüssel beträgt für jede Basisgruppe vier Mitglieder eineN DelegierteN. Jede Basisgruppe kann mindestens zwei Delegierte zur Landesversammlung entsenden. Der Schlüssel für Einzelpersonen ist der gleiche, wie bei den Basisgruppen. Jeweils vier anwesende Einzelpersonen schließen sich zu einer Stimmgruppe zusammen, die dann eine Stimme hat.
4. Die Landesversammlung beschließt als oberstes Organ über die Arbeit der Vernetzung. Insbesondere ist die Landesversammlung zuständig für:
  - a) die Beschlussfassung über den Haushalt und den Kassen- und Geschäftsbericht
  - b) die Wahl und Entlassung der/die SchatzmeisterIn und die KassenprüferInnen. Der/Die SchatzmeisterIn ist Mitglied im LSR.
  - c) die Beschlussfassung von Programmen
  - d) Satzungsänderungen
  - e) Wahl von Delegierten zur Bundesdelegiertenversammlung der Jungdemokraten, zur bundesweiten Jugendkoordination der Grünen (JuKo) und für überregionale Strukturen und Organisationen, sofern sich das GBJ durch vertragliche Bindung oder per Beschluß daran beteiligt.
5. Die Landesversammlung ist beschlußfähig, wenn mindestens ein Drittel der gemeldeten Delegierten anwesend sind.
6. Ist die Landesversammlung beschlußunfähig und dies auf Antrag eines Mitglieds festgestellt worden, so verlagert das Präsidium die Sitzung solange, bis die Beschlussfassung wiederhergestellt ist. Zeichnet sich ab, daß die Versammlung nicht mehr beschlußfähig werden kann, so erklärt das Präsidium die Versammlung für beendet.
7. Beschlüsse, die vor Feststellung der Beschlußfähigkeit gefaßt wurden bleiben gültig.
8. Eine außerordentliche Landesversammlung muß mit einer vierzehntägigen Ladungsfrist einberufen, wenn
  - a) die Landesversammlung
  - b) 1/5 der Mitglieder
  - c) 1/3 der Basisgruppen
  - d) der LandessprecherInnenrat dies wünschen.
9. Für den Fall, daß der gesamte LSR zurückgetreten ist, obliegt die Einberufung dem Präsidium der letzten Landesversammlung.
10. Abwahlenanträge müssen sofern sie gestellt werden, in der Tagesordnung ersichtlich sein.

11. Die Landesversammlung wählt sich ein Präsidium und gibt sich eine Wahl und Geschäftsordnung, die für alle Landesversammlungen gilt, solange sie nicht geändert wird.

#### Art. 11 Finanzen

1. Der LSR verwaltet die Finanzen.
2. Der LSR entscheidet über die Mittelvergabe mit einer 2/3-Mehrheit im Rahmen des von der LV beschlossenen Haushaltsplanes.
3. Mindest 50% der verfügbaren Mittel müssen für die Basisgruppen direkt zurück gelegt werden. Für spontane Aktionen ist ein Rückhalt zu bilden.
4. Der/Die Schatzmeister besitzt ein Vetorecht für alle finanzrelevanten Beschlüsse des LSR. Das Veto hat aufschiebende Wirkung bis zur nächsten LSR-Sitzung.

#### Art. 12 Rotation/Quotierung

1. Alle Funktionen müssen mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzt werden. Soweit sich in zwei zeitlich getrennten (mindestens 6 Wochen) Wahlgängen keine Frauen zur Wahl stellen, bzw. nicht gewählt werden, kann auch ein Mann gewählt werden.
2. Die Amtszeit für alle Funktionen beträgt ein Jahr. Eine einmalige unmittelbar anschließende Wiederwahl ist möglich. Danach ist eine Pause von mindestens einem Jahr vor einer erneuten Kandidatur erforderlich.

#### Art. 13 Vetorecht

Bei Fragen, die das Selbstbestimmungsrecht berühren, oder von denen Frauen besonders betroffen sind, wird auf Antrag der Frauen abgestimmt, ob vor der Abstimmung abgestimmt, ob vorher eine gesonderte Abstimmung unter diesen Frauen stattfinden sollen. Sollten die Abstimmungsergebnisse voneinander abweichen, haben die Frauen ein Vetorecht mit aufschiebender Wirkung. Die zur Abstimmung stehenden Fragen werden zur weitergehenden Beratung an die Basis verwiesen. Die Anträge werden auf der nächsten Versammlung erneut zur Abstimmung gestellt.

#### Art. 14 Satzungsänderungen

1. Die Satzung kann nur mit einer 2/3-Mehrheit auf einer Landesversammlung aufgehoben, bzw. geändert werden.
2. Jede Satzungsänderung, auch als Aufhebung der Satzung, muß auf der Tagesordnung fristgerecht angekündigt werden. Satzungsänderungen treten am Tage nach der beschließenden Landesversammlung in Kraft.

#### Art. 15 Auflösung und Verschmelzung der Vernetzung

- a) Die Auflösung und Verschmelzung des GBJ kann nur von einer eigens zu diesem Zweck einberufenen Landesversammlung einberufen werden. Auf dieser Landesversammlung müssen mindestens 50% der gemeldeten Delegierten anwesend sein. Der Auflösungs- oder Verschmelzungsbeschluß bedarf mindestens der 3/4-Mehrheit der anwesenden Delegierten. Ist diese Landesversammlung nicht beschlußfähig, so ist innerhalb eines Monats eine weitere Landesversammlung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Delegierten beschlußfähig ist. Die Abwicklung der Geschäfte im Fall der Auflösung oder der Verschmelzung übernimmt der LSR.
- b) Im Falle der Auflösung fällt das Vermögen gemeinnützigen Organisationen zu, die den Zielen des GBJ positiv gegenüberstehen.

#### Art. 16 Urabstimmung

1. Die Urabstimmung ist als Entscheidungsgremium allen anderen Gremien übergeordnet.
2. Eine Urabstimmung kann nur von einer Landesversammlung einberufen werden. Der zur Abstimmung stehende Gegenstand muß mindestens einmal auf einer Landesversammlung behandelt worden sein, bevor die Landesversammlung eine Urabstimmung einberufen kann.
3. Alle Mitglieder werden gleichzeitig mit den entsprechenden Unterlagen von dem LSR beschickt.
4. Verschickt werden der Fragebogen, ein frankierter Rückumschlag, falls vorhanden, die Begründungen und Stellungnahmen der AntragstellerInnen.
  - a) Fragebogen
 Der Fragebogen darf nur technische Hinweise und die zur Abstimmung stehende Frage oder Fragen enthalten. Die Fragen müssen so formuliert sein, daß sie mit Ja oder Nein zu beantworten sind. Sofern mehrere Alternativen zur Abstimmung stehen, müssen sie so abgefaßt sein, daß einer der Gegenstände angekreuzt werden kann.
  - b) Der Rückumschlag muß nach Art und Größe dazu geeignet sein, den Fragebogen zurückzusenden. Er muß ausreichen frankiert sein und die EmpfängerInnen enthalten.
  - c) Begründungen und Stellungnahmen
 Die AntragstellerInnen und ggf. deren GegnerInnen haben Gelegenheit, auf maximal einer DIN A4 - Seite, ihren Antrag zu begründen. Die Begründung muß zur Sache sein und darf keine persönlichen Beleidigungen enthalten.